

„Wir müssen jetzt handeln“ – Interview mit Marco Mori, Gemeindepräsident von Winznau zum Budget 2026 und zur Steuerfusserhöhung

Winznau. Die finanzielle Lage der Gemeinde spitzt sich weiter zu. Das Budget 2026 zwingt den Gemeinderat zu einschneidenden Sparmassnahmen – und zu einer Erhöhung des Steuerfusses auf 130 Prozent. Ich habe mit Gemeindepräsident Marco Mori über die Hintergründe, die Herausforderungen und die Zukunft von Winznau gesprochen.

Herr Mori, das Budget 2026 hat für viel Gesprächsstoff gesorgt. Wie schwierig war es, ein Budget zu verabschieden?

Marco Mori: Sehr schwierig. Wir mussten sämtliche Budgetanträge kritisch prüfen und in vielen Bereichen schmerzhafte Kürzungen vornehmen. Kommissionen, Schule, Verwaltung und Technischer Dienst – überall wurden Positionen gestrichen. Uns war aber wichtig, trotz aller Sparmassnahmen den Unterhalt unserer Infrastruktur nicht gänzlich zu vernachlässigen. Ein strukturelles Defizit lässt sich nur seriös abbauen, wenn man auch in Zukunft funktionierende Anlagen hat.

Warum sind die Ausgaben denn überhaupt so stark gestiegen?

Mori: Die Gründe liegen vor allem in Bereichen, die wir als Gemeinde kaum beeinflussen können. Die Kosten in der Sozialen Sicherheit – insbesondere die Ergänzungsleistungen zur AHV – sind massiv gestiegen. Dazu kommen höhere Ausgaben für Gesundheit und Pflege. Allein im Vergleich zu 2019 sprechen wir von zusätzlichen rund 900'000 Franken. Das ist enorm für eine Gemeinde unserer Grösse.

Heisst das, die demografische Entwicklung schlägt auch in Winznau stark durch?

Mori: Absolut. Die Bevölkerung wird älter, die Lebenserwartung steigt – und das ist grundsätzlich erfreulich. Aber es führt eben auch dazu, dass mehr Menschen auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind. Gleichzeitig wurden wir vom Kanton darüber informiert, dass das Kostenwachstum in der Sozialen Sicherheit weiter zunehmen wird. Kurzfristig können weder wir noch andere Gemeinden diese Entwicklung aufhalten.

Was bedeutet diese Situation für die finanzielle Gesundheit der Gemeinde?

Mori: Unser Eigenkapital wird voraussichtlich bis Ende 2025 praktisch aufgebraucht sein. Ohne ausreichendes Eigenkapital kann eine Gemeinde ihre laufenden Kosten nicht mehr tragen. Investitionen würden aufgeschoben, Unterhalt reduziert – das kennen wir bereits aus den letzten Jahren. Schlussendlich müsste dann der Kanton eingreifen. Das wollen wir unbedingt verhindern.



Darum also die Steuerfusserhöhung?

Mori: Ja. Das Budget 2026 weist bei unverändertem Steuerfuss einen erheblichen Aufwandüberschuss aus. Um allein die schwarze Null zu erreichen, wäre bereits eine deutliche Erhöhung nötig gewesen. Der Gemeinderat hat deshalb am 5. November 2025 beschlossen, den Steuerfuss um 9 Prozentpunkte auf 130 Prozent zu erhöhen. Das ist ein wichtiger Schritt, um Liquidität und Handlungsfähigkeit sicherzustellen.

Trotz der angespannten Lage sprechen Sie von Chancen. Wo sehen Sie diese?

Mori: Vor allem in der Ortsplanungsrevision. Die noch unbebauten Grundstücke bieten grosses Potenzial. Mit einer strategischen Nutzung – sei es für Wohnraum, Gewerbegebäuden oder Wertsteigerungen – kann die Gemeinde langfristig zusätzliche Einnahmen generieren. Das hilft uns, das Eigenkapital zu stärken und die Siedlungsentwicklung geordnet zu gestalten.

Wie wahrscheinlich wäre ein Eingreifen des Kantons, falls die Gemeinde nicht gegensteuert?

Mori: Sehr wahrscheinlich. Das Gemeindegesetz sieht klare Vorgaben vor, wenn eine Gemeinde in Richtung Überschuldung steuert. Der Kanton kann dann Sanierungsmassnahmen anordnen – bis hin zu Vermögensverkäufen oder strukturellen Einschnitten beim Personal und den Leistungen. Das möchten wir verhindern. Winznau soll selbst bestimmen können, wie es weitergeht.

Die Bevölkerung hat das letzte Wort

Mori: So wichtig die Entscheide des Gemeinderats auch sind – das letzte Wort liegt bei unserer Bevölkerung. An der Gemeindeversammlung vom 15. Dezember 2025 entscheiden die Einwohnerinnen und Einwohner über das Budget 2026 und damit auch über die Steuerfusserhöhung. Ich hoffe sehr, dass viele teilnehmen. Es geht um die finanzielle Zukunft unserer Gemeinde, und diese können wir nur gemeinsam gestalten.

Was möchten Sie der Bevölkerung zum Schluss mitgeben?

Mori: Dass wir uns diese Entscheide nicht leicht gemacht haben. Aber Nichtstun wäre verantwortungslos. Wir wollen unsere Gemeinde zukunftsfähig machen – finanziell stabil, gut unterhalten und mit Perspektiven für kommende Generationen. Und dafür müssen wir jetzt handeln!

Interview und Text: Gabriela Grob

